

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Karsten Woldeit (AfD)

vom 05. Oktober 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Oktober 2022)

zum Thema:

Angriffe auf Parteibüros und private Räume der einzelnen Abgeordneten

und **Antwort** vom 17. Oktober 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. Oktober 2022)

Herrn Abgeordneten Karsten Woldeit (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/13472
vom 5. Oktober 2022
über Angriffe auf Parteibüros und private Räume der einzelnen Abgeordneten

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Aus der Schriftlichen Anfrage Nr. 19/13082 geht hervor, dass etwa 40% der Fälle im Zusammenhang mit Parteigebäuden nicht zuzuordnen sind im Sinne der Klassifizierung einer politisch motivierten Kriminalität, wie zum Beispiel: gegen links, gegen rechts, etc. In diesem Zusammenhang wäre möglicherweise relevant, die Fälle der politisch motivierten Kriminalität im Zusammenhang mit privaten Räumen der einzelnen Abgeordneten ins Verhältnis zu setzen, um die Fallzahlen und Sachverhalte dieser beiden Phänomenbereiche besser bewerten zu können.

1. Wie viele Straftaten auf und im Zusammenhang mit Parteibüros und privaten Räumen der einzelnen Abgeordneten wurden jeweils im Jahr 2021 und in der ersten Hälfte des Jahres 2022 gezählt und um welche Fälle handelt es sich hierbei im Einzelnen?
(Bitte analog der Schriftlichen Anfrage Nr. 19/13082 aufschlüsseln.)

Zu 1.:

Grundlage für die Beantwortung der Anfrage bildet der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK). Dabei handelt es sich, anders als bei der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS), um eine Eingangsstatistik. Das bedeutet, der Fall wird sofort gezählt, wenn er bekannt wurde und nicht erst nach Abschluss der Ermittlungen. Die Fallzählung erfolgt tatzeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurde.

Die folgenden statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) dar. Bei der Darstellung handelt es sich um Fallzahlen.

Ein Fall bezeichnet jeweils einen Lebenssachverhalt in einem engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit identischer oder ähnlicher Motivlage, unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen, Tathandlungen, Anzahl der verletzten Rechtsnormen oder der eingeleiteten Ermittlungsverfahren.

Die Fälle der PMK unterliegen bis zum Abschluss der Ermittlungen - gegebenenfalls bis zum rechtskräftigen Gerichtsurteil - einer fortlaufenden Bewertung gemäß der angenommenen Tatmotivation. Neuere Erkenntnisse können demgemäß zu Aktualisierungen oder Änderungen führen. Darüber hinaus können Fälle der PMK auch erst nach dem Statistikschluss bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen.

Es werden nur die Fälle gezählt, die gemäß den bundesweit verbindlichen Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Rahmen des KPMD-PMK für Berlin statistisch zu zählen sind. Liegt der Tatort in einem anderen Bundesland, wird der Fall dort statistisch gezählt.

Für die Beantwortung der vorliegenden Schriftlichen Anfrage wurde der aktuelle Stand der Fallzahlen und Sachverhalte aller Phänomenbereiche der PMK für die Jahre 2021 und der ersten Jahreshälfte 2022 zugrunde gelegt. Grundlage bilden dabei die Sachverhalte der PMK, denen das Angriffsziel „Parteigebäude/Parteienrichtung“ zugeordnet und bei denen als angegriffenes Objekt der Katalogbegriff „Parteigebäude“ erfasst wurde. Eine detaillierte Erfassung, ob es sich um ein Partei- oder Abgeordnetenbüro handelt, erfolgt im KPMD-PMK nicht. Einziges Unterscheidungskriterium ist die geschädigte Partei.

Eine Recherche nach privaten Räumen von Abgeordneten ist nicht möglich, da bei der Erfassung der hier in Rede stehenden Straftaten die entsprechende Eingabe kein Erfassungskriterium darstellt.

Die 49 Fälle im Zusammenhang mit Parteigebäuden für das Jahr 2021 und die 14 Fälle für das erste Halbjahr 2022 können der in der Fragestellung zitierten Schriftlichen Anfrage Drucksache Nr. 13/13082 entnommen werden. Ein weiterer nach dem 13.09.2022 erfasster Fall ist in der anliegenden Tabelle aufgeführt.

2. Wie viele Personen wurden im Zusammenhang mit den unter Frage 1 genannten Straftaten insgesamt körperlich geschädigt?

Zu 2.:

Im Rahmen des KPMD-PMK werden nur Opfer statistisch gezählt, die durch eine strafbare Handlung körperlich geschädigt wurden oder geschädigt werden sollten. Personen, die auf andere Weise (z. B. materiell) durch eine Straftat geschädigt wurden, werden statistisch nicht gezählt.

Zu den Fällen im Sinne der Frage 1 sind im Berichtszeitraum keine Personen als Opfer bekannt geworden.

3. Wie viele Tatverdächtige hat die Polizei im Zusammenhang mit den unter Frage 1 genannten Straftaten insgesamt ermittelt?

(Bitte analog der Schriftlichen Anfrage Nr. 19/13082 aufschlüsseln.)

Zu 3.:

Auf die Ausführungen zur Frage 1 und auf die Schriftliche Anfrage Drucksache Nr. 13/13082, dort Antwort zur Frage 3, wird verwiesen. Zu dem in der anliegenden Tabelle aufgeführten Fall wurden bisher keine tatverdächtigen Personen bekannt.

4. Wie werden die Parolen gegen den Kapitalismus, den Klimawandel oder die Stadtautobahn eingeordnet im Sinne der Klassifizierung einer politisch motivierten Kriminalität und warum sind bei etwa 40% der Fälle im Zusammenhang mit Parteigebäuden nicht zuzuordnen, wie aus der Antwort des Senates (19/13082) zu entnehmen ist, obwohl bei mehr als einem Fall eindeutige Indizien vorhanden sind?

Zu 4.:

Jeder Sachverhalt wird im Rahmen der Erfassung im KPMD-PMK einer Einzelfallprüfung unterzogen und anhand der Umstände der Tat und/oder der Motivation der tatverdächtigen Person(en) einem Phänomenbereich zugeordnet. Bei Fällen, die dem Phänomenbereich PMK -nicht zuzuordnen- zugerechnet werden, handelt sich zwar um politisch motivierte Straftaten, die jedoch den anderen Phänomenbereichen PMK -rechts-, PMK -links-, PMK -ausländische Ideologie- oder PMK -religiöse Ideologie- aufgrund der oben genannten Kriterien nicht eindeutig zugeordnet werden können.

Bei dem in der Aufstellung zur Beantwortung der in der Fragestellung zitierten Schriftlichen Anfrage Drucksache Nr. 13/13082 enthaltenen Fall mit Tatzeit 29. Oktober 2021 wurde zwischenzeitlich die Bewertung korrigiert. Der Fall wurde dem Phänomenbereich PMK -links- zugeordnet.

Berlin, den 17. Oktober 2022

In Vertretung

Torsten Akmann

Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport

Anlage zur Frage 1 der Schriftlichen Anfrage Drucksache 19/13472 Angriffe auf Parteibüros und private Räume der einzelnen Abgeordneten

Fallaufkommen mit Parteibüros als Angriffsziel für das erste Halbjahr 2022, registriert im Zeitraum 02. September 2022 bis 7. Oktober 2022

Zähldelikt	Phänomen	Tatzeit	Sachverhalt	Straße	Ortsteil	Partei	Thema
§ 303 StGB	PMK -links-	05.03.2022 07:37:00	Eine unbekannte Person brachte an der Hauseingangstür und am Fensterbrett der NPD-Parteizentrale den Schriftzug "Fuck NPD" an.	Seelenbinderstr.	Köpenick	NPD	Antifa;ggre

Erläuterungen:

Abkürzung	Bezeichnung
Antifa	Antifaschismus
ggre	gegen rechts
StGB	Strafgesetzbuch
PMK -links-	Politisch motivierte Kriminalität -links-